

Über den
„antifaschistischen“ Schutzwall,
seine östlichen Erfinder
und westlichen Versteher

Die doppelte Mauer

Ulrich Schacht

Zwischen dem Bau der Mauer am 13. August 1961 und ihrem Fall am 9. November 1989 lagen knapp drei Jahrzehnte sichtbaren Beweises, dass die Deutschen im östlichen Teil der Nation mehr oder weniger nichts anderes waren als Insassen eines vorzüglich gesicherten Gefängniskomplexes. Dieser aber wollte sich zugleich nicht nur als qualifizierter Staat verstanden wissen, sondern er sollte auch die politisch-moralische Vollendung der deutschen Geschichte sein und seine Mauer nach Westen ein „antifaschistischer Schutzwall“: gerichtet gegen die unterstellte Aggressivität jener westdeutschen Bundesrepublik, in der die alten reaktionären Kräfte der Schlotbarone und Junker, die Hitler zur Macht verholfen und Deutschland damit in die Katastrophe geführt hatten, noch immer am Werke waren, gedeckt vom, wie es hieß, „klerikal-faschistischen Adenauer-regime“, den „Bonner Ultras“.

Die Propagandalüge war zwar ebenso dreist wie durchschaubar, am Ende aber war sie dennoch fast erfolgreich: Als die Gefängnisrepublik „DDR“ unterging, in der sich gleichwohl wie in allen Diktaturen der Welt viele ihrer Bewohner, vor allem aber zahlreiche Intellektuelle, durchaus wohlgefühlt und ein fast normales Leben gelebt hatten, war sie nicht nur ein international anerkannter Staat, sie war völkerrechtlich auch ein *fast* vollständig aufgewerteter Staat. Einheitsperspektivisch gesehen, war die Bundesrepublik Deutschland ein sich provisorisch verstehender Staat des Grundgeset-

zes, dessen politische, mediale und kirchliche Eliten zwischen 1969 und 1989 allerdings zu einem großen Teil und in zunehmendem Maße abgründige Gründe und windige Theorien (er)fanden, warum ebenjene Gefängnisrepublik „DDR“ ein legitimer deutscher Staat sein könnte und ihre Existenz ein ebenso geschichtslogisches wie *friedens-notwendiges* Ereignis. Zu finden waren sie in Büchern mit hohen Auflagen, die ziemlich scheinheilige Titel trugen wie *Mit der Teilung leben* (Erich Müller-Gangloff, 1965), *Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf* (Ernst Richert, 1966), *Das geplante Wunder. Leben und Wirtschaften im anderen Deutschland* (Joachim Nawrocki, 1967), *Die DDR-Elite oder Unsere Partner von morgen?* (Ernst Richert, 1968), *Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR* (Peter Bender, 1968), *Deutschlands doppelte Zukunft* (Christian Peter Ludz, 1971), *Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation* (Rüdiger Thomas, 1972), *Die Gesellschaft der DDR – eine deutsche Möglichkeit?* (Hermann Rudolph, 1972) oder *Sind wir denn eine Nation? Die Deutschen und ihr Vaterland* (Karl Moersch, 1982), um nur wenige, aber einflussreiche zu nennen.

Denunziation der Ausreisebewegung

Die im Westen stetig wachsende verfassungsferne bis -feindliche Sorge um die Existenz der DDR nahm schließlich in den Büchern des Journalisten und Ex-Diplomaten Günter Gaus geradezu bizarre Züge an. So in seinem 1988 erschienenen Großessay „Deutschland im

Juni“, in dem der tief verbitterte, weil von Bundeskanzler Schmidt Jahre zuvor geschasste erste ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR sich zum Anwalt ebendieser zweiten deutschen Diktatur machte, indem er rhetorisch fragte: „Wer legt für welchen Staat, der sich nicht aufgeben will, die Hand ins Feuer, daß der dulden hinnimmt, wenn Ärzte, Ärztinnen und andere qualifiziert ausgebildete Männer und Frauen in einer Zahl abwandern, die die zurückbleibenden Männer und Frauen gelegentlich ohne notwendige Versorgung läßt?“ Gaus zielte damit denunziatorisch auf die wachsende Ausreisebewegung aus der DDR, beließ es jedoch nicht dabei, sondern kreierte, und dies ausgerechnet kurz vor deren Ende, einen der infamsten Stabilisierungsvorschläge zugunsten der SED-Diktatur, indem er pathetisch zur Diskriminierung potenzieller Ausreisekandidaten aufrief: „Ist kein Bonner Staatsmann zu finden, der laut und öffentlich nachdenkt, ob für bestimmte besonders qualifizierte Überseidler eine Karenzzeit gelten könnte, bevor sie hier im dort erlernten Beruf arbeiten können?“

„Die zweite Mauer“

Doch war das nur die sichtbare Spitze des anerkennungspolitischen Eisberges. Im nicht sichtbaren Bereich des Phänomens, das hier als zweite Mauer verstanden wird, existierten zwischen Politikern der SED-Diktatur und der Republik des Grundgesetzes in den letzten Jahren vor dem Ende der Teilung Beziehungen von einer politisch-moralisch absolut unzulässigen Art, wie sie sich in einem persönlichen Brief vom 31. Januar 1986 des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten und späteren Ministerpräsidenten wie Bundeskanzlers Gerhard Schröder an das seinerzeitige Mitglied des Politbüros der SED (dort zuständig für alle Sicherheitsfragen einschließlich des schießbe-

wehrten Mauerregimes) Egon Krenz geradezu paradigmatisch spiegelt:

„Lieber Egon Krenz, für Deinen freundlichen Willkommensgruß bedanke ich mich sehr herzlich. Es war schade, daß wir uns nicht persönlich treffen konnten. Aber das läßt sich bei einer anderen Gelegenheit nachholen. Die Gespräche in der DDR waren offen und informativ. Besonders war ich von Erich Honecker beeindruckt. Durchstehvermögen, das Du mir wünschst, brauche ich in diesem arbeitsreichen Wahlkampfjahr ganz bestimmt. Aber auch Du wirst für Euren Parteitag und die Volkskammerwahlen sicher viel Kraft und vor allen Dingen Gesundheit benötigen. Beides wünsche ich Dir von ganzem Herzen.“

Mit freundlichen Grüßen Gerhard Schröder.“

Die Geschichte dieser im harten Kern zutiefst verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Kontakte von westdeutschen Politikern, Journalisten, Kirchenfunktionären, Gewerkschaftern, Gesellschaftswissenschaftlern und Künstlern ist zwar noch nicht systematisch reflektiert, sie ist aber mittlerweile auch nicht mehr nur abseitig aktenkundig bis in die klandestinen Ausläufer der „Rosenholz“-Datei über die Westmitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der Gefängnisrepublik „DDR“, sondern in zeitgeschichtlichen Einzeluntersuchungen und umfassenden Dokumentationen hinreichend rekonstruiert: Man kann sie also wissen.

Bewusstes Vergessen

Zugleich aber ist sie im Sinne eines unauflösten Paradoxons insofern bewusst vergessen, als ihre systematische Aufarbeitung bis in mögliche juristische Konsequenzen hinein zu keinem Zeitpunkt nach der Wiedervereinigung erwünscht, geschweige denn gewollt war. Die juristischen Konsequenzen, von denen hier als

nicht realisierte Möglichkeit die Rede ist, beziehen sich dabei vor allem auf die strafrechtlich relevanten Implikationen des Basisurteils des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag zwischen dem legitimierten Bonner und dem nicht legitimierten Ost-Berliner Halbstaat deutscher Nation aus dem Jahre 1973, in dem es unmissverständlich hieß, dass die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland nicht nur alles zu unternehmen hätten, was zur Wiedervereinigung Deutschlands führen, sie hätten auch alles zu unterlassen, was die Teilung verewigen könne.

Abweichung vom Verfassungsgebot

Besonders die zweite Forderung ist damals in Artikeln, Reden, politischen Anregungen und Kontakten vor allem auch prominenter Sozialdemokraten in Parlaments- und Regierungssämlern wie Jürgen Schmude, Egon Bahr oder Oskar Lafontaine ständig verletzt worden. Das heißt: Es geht um den Skandal justiziabler Abweichung von einem zwingenden Verfassungsgebot sowie um den noch größeren ihrer gerichtlichen *Nichtverfolgung*.

Dass es sich mit dem Öffnen dieses Problemfeldes keinesfalls um einen Anachronismus handelt, sondern nur um die Erinnerung an eine durchaus vorhandene Bewusstseinslage vor gut zwei Jahrzehnten, wird deutlich, wenn man sich ver gegenwärtigt, dass Joseph Fischer noch im Juli 1989, damals Grünen-Fraktionschef im Hessischen Landtag, wie andere prominente Grüne und Sozialdemokraten schon Jahre vor ihm die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel des Grundgesetzes forderte, seine Forderung aber von der christlich-liberalen Bundesregierung konsequent als das charakterisiert wurde, was sie in der Tat war: als ein „verfassungsfeindlicher Angriff auf den demokratischen Grundkonsens unseres Staates und auf die unveräußerlichen Rechte des ganzen deutschen

Volkes“. Dennoch wurde dieser Mann später Außenminister und Vizekanzler des wiedervereinigten Deutschland.

Vernichtete und beschädigte Menschenleben

Nun könnte man im Jahre 2011 zur Tagesordnung übergehen, die Geschichte Geschichte sein lassen und sich darüber freuen, dass das Monstrum trotzdem gefallen, Deutschland tatsächlich wieder vereinigt ist, und die Diktatur derjenigen, die sich ohne die Mauer nicht halten konnten, vielleicht wirklich nur eine Fußnote der Historie war, wie der Schriftsteller Stefan Heym nach dem Sturz der SED-Herrschaft leicht verbittert vermutete.

Andererseits geht es im Zusammenhang mit der Materie zuerst und zuletzt um zahlreiche vernichtete oder beschädigte Menschenleben. Da bleibt es von unabweisbarem Gewicht, Klarheit zu gewinnen über einen ideologischen Dehumanisierungsprozess im westdeutschen Diskursraum nach dem Beginn des Mauerbaus im August 1961, der sich entfaltet hat zwischen so radikal gegensätzlichen Urteilspositionen wie „KZ-Baumeister Ulbricht“ und „kommode Diktatur“ – zwei legendäre Formulierungen des deutschen Literaturnobelpreisträgers Günter Grass, geäußert allerdings im Abstand von über drei Jahrzehnten. Dabei wurde die erste, 1961 in einem offenen Brief an Anna Seghers gemacht, später wahrscheinlich, wenn auch aus anderen Motiven, genauso vergessen von ihm wie seine jugendliche Mitgliedschaft in der Waffen-SS.

Inhumane Deutungspotenziale

Denn dieser Prozess, für den Grass hier allerdings nur als markanter Wortplastinator steht (bedrohlich waren primär die Teilungsversteher in Partei- und Staatsämtern der Republik des Grundgesetzes und ihre praktischen Versuche, besagtes Verfassungsgerichtsurteil von 1973 ent-

weder zu umgehen oder sogar auszuhebeln), verweist ja nicht nur auf eine zurückliegende Meinungsgeschichte in plauraler Dimensionalität, sondern vor allem auf vernunftdemagogische inhumane Deutungspotenziale im deutschen Diskursraum. Aus diesen kann offenbar immer wieder geschöpft werden, wenn nur die Zeit reif dafür ist: zu nichts Bedrohlicherem als zum elementaren Nachteil von Menschen und ihrem Recht, in Freiheit und Würde zu leben.

Wenn es nämlich „vernünftige“ Gründe gab, die zweite deutsche Diktatur nicht nur phänomenologisch zu erkennen im Sinne eines nicht zu umgehenden politischen Faklums, was ja kaum zu kritisieren wäre, sondern sie mit „noch besseren“ Argumenten an-zuerkennen im Sinne eines legitimatorischen Aktes *ad infinitum*, dann heißt das doch, dass es für das gesellschaftspolitische Milieu, dem diese Option wie Operation möglich war, *immer* ein Potenzial an „guten“ Gründen geben wird, diktatorische Systeme unter bestimmten Umständen zu legitimieren, und sei es auch nur ein diesbezüglich ganz eigener und nicht mehr fremdbestimmter Entwurf.

Das bedeutet, dass der Mauerbau und die Geschichte seiner politischen Deutung in Ost wie West eben kein museales Thema sind, wie es mancher gern hätte, sondern ein nach wie vor forensisches mit präventiver Stoßrichtung.

Postnationale Umwidmung der Bundesrepublik

Um die Notwendigkeit eines solchen Blicks aus gegebenem Anlass zu untermauern, sollen ein paar argumentative Bausteine aus jener Periode, die hier die Periode des zweiten, westlichen Mauerbaus genannt wird, zum Vorschein gebracht werden, zumal sie mit dem Fall der materiellen Mauer durch Deutschland nicht in gleicher Weise mit abgestürzt sind und wie der Todesstreifen vom Gras

der Geschichte ebenfalls überwuchert wurden. Vielmehr wurden sie zu Basissteinen einer postnationalen Umwidmung wie Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland in das prototypische Fortschrittsmodul einer globalen Republik, die keine nationalen Staatsbürger mehr kennt, sondern nur noch den internationalistischen Weltbürger in seiner bundesrepublikanischen Avantgardefassung.

Natürlich ist das als Ziel so absurd, wie einst die Zwei-Nationen-Theorie der SED absurd war, die sich mit solch einem geschichts- wie lebensfernen Konstrukt über die antifaschistische Lebenslüge hinaus, die heute im bundesdeutschen Mainstream überlebt hat, eine zweite Rettungslegitimation zuschreiben wollte. Nur ist es offenbar nicht absurd genug, dass es nicht doch zur Neuordnungsphilosophie der 68er-Generation werden konnte, die heute über gewaltige Macht-positionen in Staat, Medien und Gesellschaft verfügt: gegen die nationalstaatlichen wie -mentalnen Beharrungskräfte nicht nur der Deutschen, sondern aller europäischen Völker. Die Aversion gegen diese Beharrungskräfte ist jedenfalls so groß, dass einer der intellektuellen Wotführer dieser Non-Nationen-Theorie, der Soziologe Claus Leggewie, kürzlich in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* geradezu wortschäumend verkündete, dass die Idee einer deutschen Leitkultur nicht nur nicht verfassungskonform sei, sondern geradezu ein *Bruch* mit dem Grundgesetz.

Darauf muss man erst einmal kommen; aber darauf kommt man eben auch nur in Deutschland, das mehr denn je von einem intellektuellen Milieu beherrscht wird, das vom Fall der Mauer und dem Verschwinden der zweiten deutschen Diktatur, dem Gegenstaat zum ungeliebten bis verhassten eigenen, tief geschockt war und erst jetzt mithilfe der Multikulturalismus-Ideologie neue Chancen gekommen sieht, die historische Niederlage zu überwinden

und das Zielobjekt ihres liquidatorischen politischen Denkens und Handelns – den freiheitlich qualifizierten Nationalstaat, der das zivilisatorische Gegenstück zum nationalistischen Exzessstaat ist – ein für alle Mal auszumerzen. Dass sie sich damit nicht zuletzt auch in einen schroffen Gegensatz zu den übrigen Nationen Europas bringen, hat deutsche Moralimperialisten allerdings noch nie interessiert.

Deutsche Moralimperialisten

Erst von dieser Motivation wie Perspektive aus ist jedenfalls das obskure Ausmaß ideologischer Verzweiflung zu verstehen, das selbst den führenden Sozialphilosophen des westdeutschen Sonderbewusstseins, den Frankfurter Gelehrten Jürgen Habermas, dazu trieb, die friedliche Revolution von 1989, die erste radikal humane in der europäischen Geschichte – im Gegensatz zu allen bluttriefenden vorausgegangenen –, als eine nur „nachholende“ abzuwerten: in dem Sinne, dass sie dem Westen angeblich keinen wirklichen „Liberalisierungsschub“ gebracht, sondern in ihrem deutschen Teil nur eine Art „DM-Nationalismus“ geboren und im übrigen Ostmitteleuropa alte nationalreaktionäre, also regressive Geschichtspositionen entfesselt hätte.

Vor solchem ideengeschichtlichen Hintergrund veröffentlichte schließlich die führende Grünen-Politikerin Antje Vollmer unter der Überschrift „Die Träume der alten Männer“ noch am 6. Januar 1990 in der *tageszeitung* und im *Neuen Deutschland* zugleich (der *Spiegel* hatte ihn abgelehnt) einen hasserfüllten wie hohntriefenden politischen Kommentar zur sich radikal verändernden Lage der im Wiedervereinigungsprozess befindlichen Nation, der in einem ebenso panischen wie lächerlichen Szenario, aber so das ganze Ausmaß der antinationalen Psychopathologie der grünen Bewegung zum Vorschein bringenden Textur kulminierte: „Wenn nur der Traum der alten Männer

nicht so dicht bei meinem Alpträum läge! Und als das Volk von Dresden so ganz von Herzen ‚Deutschland, Deutschland‘ rief und dazu die funkelnagelneuen schwarz-rot-goldenen Fahnen mit den blitzend goldschwarz gelackten Stangen (made in West-Germany) lustig schwenkte, da dachte ich bei so viel Glück ans Deserrieren – und wußte nicht wohin.“

Gefährlicher Utopismus

Universalistische Staatsmodelle können aber nur aus der Perspektive eines schrankenlosen Kapitalismus (Marx und Engels feierten ihn deshalb geradezu hemmungslos im „Kommunistischen Manifest“ als den geschichtlichen Generalräumer) oder totalitärer Zwangsbeglückungsmodelle (das zwanzigste Jahrhundert hat sie in allen Schreckensvarianten geschichtlich werden lassen) positiv gedacht werden. Daher muss man sich klarmachen, dass in der einst ungehemmt wachsenden Anerkennung der deutschen Teilung zwischen 1961 und 1989 durch große Teile der geistigen und politischen westdeutschen Funktionseliten, namentlich derer, die sich als dezidiert links oder linksliberal verstanden, eben nicht ein bloß kapitulativer Realismus zum Tragen kam, sondern ganz im Gegenteil: ein gefährlicher Utopismus, der gleichwohl nicht nur im theoretischen Exzess verharrte, sondern auch praktisch zu werden versuchte: auf Kosten genau jener Menschen, die unter der Diktatur des kommunistischen Internationalismus ausharren mussten.

Dieser Utopismus ist weiter am Werk: nur ungleich besser getarnt als der geschlagene alte des Ostens. Das aber macht ihn unendlich gefährlicher und die Arbeit der Rekonstruktion notwendiger denn je. Denn erst wenn auch er historisch wird, also geschlagen ist, haben die Völker Europas und mit ihnen die Deutschen eine Chance, in wirklich freien und friedlichen Verhältnissen gemeinschaftlich zu leben.